

JOACHIM H. SPANGENBERG

Nachhaltigkeit – Konzept, Grundlagen, Herausforderungen, Anwendungen

Nachhaltigkeit als gesellschaftlicher Entwicklungspfad

Nachhaltigkeit ist das wahrscheinlich anspruchsvollste Politik-Konzept, das je entwickelt wurde. Der Begriff beschreibt die Zielsetzung, die Existenzfähigkeit und Vitalität (»viability«) eines Systems dauerhaft zu sichern. Politisch zielt er auf den langfristigen Erhalt der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, auf das Wohlbefinden der Menschen und den Erhalt einer gesunden Umwelt, und das weltweit.

Ausgehend vom Primat der Politik ergibt sich daraus für Nachhaltigkeitspolitik eine doppelte Herausforderung: Einerseits muss sie die räumlichen und zeitlichen Grenzen politischen Handelns so ausweiten, dass zukünftige Generationen und entfernte Nationen und ihre Bürger/innen in die Handlungsperspektive einbezogen werden (Entgrenzung in Raum und Zeit, einschließlich einer Globalisierung der Verantwortung). Andererseits muss sie die Integration aller relevanten Politikbereiche in eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung erreichen. Beide Neuerungen stellen erhebliche, so noch nicht da gewesene Herausforderungen für die Politikgestaltung dar.

Politik-Integration

Wenn im Folgenden von Nachhaltigkeit die Rede ist, so ist damit eine substantielle Nachhaltigkeit gemeint (auch als Zukunftsfähigkeit bezeichnet), im Gegensatz zu dem Versuch, alte Konzepte ohne inhaltliche Fortentwicklung unter dem Etikett »nachhaltige XY-Politik« erneut zu vermarkten. Eine solche Nachhaltigkeit erfordert die Aufrechterhaltung der produktiven wie reproduktiven Potenziale von Bürger/inne/n, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt in ihrem Prozess der interdependenten Entwicklung (Koevolution). Sie ist ein anthropozentrisches Konzept der Makroebene, das Menschen als soziale Personen wahrnimmt, d.h. als vergesellschaftetes Individuum mit ökonomischen, sozialen, kulturellen, emotionalen und anderen Formen der gleichzeitigen Integration in unterschiedliche soziale Gruppen wie Familien, Freundeskreise, Kollegen/Belegschaften, Schichten, Religionsgemeinschaften, Interessenorganisationen etc.

Insofern beinhaltet Nachhaltigkeit die Forderung nach einer dauerhaften Sicherung des Humansystems (Humankapital in der Ökonomik, soziale Dimension bei UNCSD, Realisierungschancen oder *capabilities* bei Sen 2000), des Gesellschaftssystems (Sozialkapital, institutionelle Dimension, die Summe der Regeln und Mechanismen, die das menschliche Zusammenleben bestimmen), der Wirt-

Joachim H. Spangenberg – Jg. 1955; Dr. rer. pol. (Volkswirtschaft); Vizepräsident des Sustainable Europe Research Instituts (SERI), Wien, Bad Oeynhausen. Studium der Biologie, Mathematik und Ökologie in Köln und Essen. 1986 bis 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion und dort Referent für Gentechnik. Von 1992 bis 1999 Mitarbeit am Wuppertal-Institut – zuletzt als Projektbereichsleiter »Sustainable Societies«. Seit 2000 freiberufliche Tätigkeit unter anderem für UNDP und den Verband der europäischen Aluminiumindustrie. Seit 2002 Senior Scientist bei SERI, seit 2003 Gastprofessor für ökologische Ökonomik an der Universität Versailles. Ehrenamtliche Tätigkeiten 1990-2002 Wiss. Beirat des BUND, Vors. Friends of the Earth Europe, Leitungs-kreis/Sprecher Forum Um-

welt und Entwicklung, zur Zeit Beirat NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Executive Committee INES. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Soziale Nachhaltigkeit. Eine integrierte Perspektive für Deutschland, Heft 153/154 (Juli/August 2003).

schaft (Sach- und Finanzkapital, ökonomische Dimension, die Summe der produktiven Prozesse und ihrer Mittel in Erwerbs- wie in Nichterwerbsarbeit) und der Umwelt (Naturkapital, ökologische Dimension, der nicht vom Menschen dominant gesteuerte Teil der Natur). Im Sinne der Nachhaltigkeit sind diese Systeme und ihre Wechselwirkungen zudem so zu gestalten, dass sie in der Gesamtsicht ein sich stabil entwickelndes System ergeben (Integrationsanforderung). So ist zum Beispiel die Reduzierung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe eine ökologische Notwendigkeit, und auch zur Sicherung des Friedens eine vorrangige politische Aufgabe. Die Abkehr von fossilen Brennstoffen muss deshalb ein zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik sein, verbunden mit Maßnahmen zur Bedarfsreduzierung und zur Entwicklung von Substituten, die wiederum zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Ähnlich müssen die Ziele wirtschaftlicher Nachhaltigkeit so angestrebt werden, dass Innovation und Investitionen ebenfalls sozialen, ökologischen und institutionellen Nachhaltigkeitskriterien gerecht werden, also z.B. Qualifikation und Qualität von Arbeit und Leben fördern und die Belastung der Umwelt reduzieren.

Entgrenzung: Globale Verantwortung statt »Festung Europa«

Als Ergebnis der Nord-Süd-Debatte ist das Konzept Nachhaltigkeit naturgemäß von vornherein nicht auf die nationale oder regionale Ebene beschränkt, sondern betont die Globalisierung ökonomischer wie ökologischer Probleme ebenso wie die Interdependenz der Betroffenen und die notwendige Globalität zielführender Lösungsansätze. Diese gegenseitige Abhängigkeit (Arbeitsdefinition: die Unfähigkeit, eigene Probleme alleine zu lösen) zeigt sich in immer mehr Bereichen, von Handels- und Weltwirtschaftsfragen über ökologische Probleme bis hin zur inneren Sicherheit wie aktuell im Herbst 2001, war aber auch schon vor der UN Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED, Rio de Janeiro 1992) deutlich zu erkennen (Spangenberg 1991; 1992). Sie hat dazu beigetragen, dass die Diskussion über »Global Governance« in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen hat (King, Schneider 1991, S. 103 ff.; Stiftung Entwicklung und Frieden 1995; CEC 2001; Kopfmüller 2003). Aus dieser Interdependenz ergibt sich notwendig die Erweiterung der räumlichen Perspektive zur globalen Sicht als konstitutiver Bestandteil des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung.

Zeitliche Entgrenzung: Intergenerationelle Verantwortung, auch für ökologische und soziale Schulden

Die zweite Erweiterung bezieht sich auf die zeitliche Perspektive: Nachhaltig ist demnach eine Form der Entwicklung, die eine umfassend verstandene Lebensqualität in dieser Generation sichert und zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit erhält, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Die schon klassische Formulierung der Brundtland Kommission lautet, nachhaltig sei »development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs« (WCED 1987, S. 43). Damit wird der Erhalt von Optionen in einer zeitlich ausgeweiteten Perspektive, von Freiheitsgraden möglicher zukünftiger Ent-

Der Artikel basiert auf einem Papier, das der Autor für eine Diskussion in der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung verfasste. Eine erweiterte und verbesserte Fassung dieses Textes wird demnächst bei der Stiftung erhältlich sein.

scheidungen (unter Berücksichtigung einer möglichen, wenn nicht gar wahrscheinlichen Änderung der Präferenzen) zur zweiten konstitutiven Neuerung im Konzept nachhaltiger Entwicklung.

Mit anderen Worten: Die Nachhaltigkeit eines sozio-ökonomischen Systems verlangt zum einen die globale Verallgemeinerbarkeit seiner Produktions- und Konsummuster insbesondere unter dem Kriterium der anhaltenden und allgemeinen Befriedigung wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und anthropologischer Bedürfnisse. Ist diese – infolge der sich wandelnden Präferenzen dynamisch zu verstehenden Bedingung – nicht gegeben, basiert das System also auf der dauerhaften Privilegierung einiger und Diskriminierung vieler, oder auf der langfristig nicht durchhaltbaren Übernutzung essentieller (also nicht substituierbarer) Ressourcen, so kann es nicht als nachhaltig bezeichnet werden.¹ Zum anderen muss eine Politik der Nachhaltigkeit fehlerfreundlich und reflexiv sein, d. h. Fehler ermöglichen und ermutigen, sie tolerieren und aus ihnen lernen. Zu diesem Zweck sowie in Respektierung der nicht vorhersagbaren Bedürfnisse und Präferenzen zukünftiger Generationen müssen Richtungsentscheidungen, obwohl sie pfadabhängige Entwicklungen konstituieren, soweit wie möglich revidierbar und ihre Folgen reversibel sein. So ist z. B. die Atomenergie, die für Jahrzehntausende strahlende Abfälle erzeugt und deren Management zukünftigen Generationen überlässt, aus diesem Grund nicht nachhaltigkeitsfähig. Damit ist die Nachhaltigkeit der gesellschaftlichen Systeme kein Endzustand, sondern unterliegt selbst einer ständigen Entwicklung. Zudem wird die Nachhaltigkeit der Industriestaaten des Nordens auch nach ihren Wirkungen auf die anderen Teile der globalen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt bewertet.

Nachhaltigkeit basiert nach dieser Definition in erster Linie auf den anthropozentrisch definierten Zielen inter- und intragenerationaler Gerechtigkeit. Konkretisierend ergibt sich im Sinne nachhaltiger Entwicklung daraus die Forderung nach sozialer, ökologischer und ökonomischer Gerechtigkeit hier und heute; dabei ist insbesondere dann umstritten, wie das Verhältnis von gegenwärtiger Gerechtigkeit und einer zwischen den Generationen in diesem Kontext spezifiziert werden soll, wenn konkurrierende Nutzungsansprüche (trade-offs) zu vermuten sind.

Steuerungsprobleme

Nachhaltigkeit ist eine multidimensionale Aufgabenstellung als Zielvorgabe für komplexe Systeme. Politik für nachhaltige Entwicklung wirft deshalb neue Steuerungsprobleme auf, weil es sich bei den betroffenen Systemen Wirtschaft, Gesellschaft, Bevölkerung und natürliche Umwelt jeweils um dynamische, entwicklungsfähige Systeme handelt, die sich nicht unabhängig voneinander, sondern in einem ständigen Prozess der gegenseitigen Beeinflussung (Koevolution) fortentwickeln. Im Gegensatz zu mechanischen Systemen ist das Verhalten komplexer Systeme nicht vollständig vorhersagbar, was einer der Gründe für das Scheitern von Konzepten der Steuerung durch administrative Eingriffe (z. B. in der *progressive era* Anfang des 20. Jahrhunderts in den USA oder in den Zentralplanungs-wirtschaften Europas) wie durch ökonomische Interventionen war

»Es ist das übliche Los neuer Wahrheiten« meint T. H. Huxley in *Science and Culture*, »am Anfang eine Ketzerei und am Ende ein Aberglaube zu sein.« Etwas ganz in dieser Art scheint auch der Wahrheit widerfahren zu sein, dass die Märkte im Wirtschaftsleben eine wichtige Rolle spielen. Amartya Sen (2000, S. 139)

1 Wie weit Substitution möglich ist, wie weit also Natur- und Sachgüter komplementär oder austauschbare Äquivalente sind, bleibt jedoch umstritten – so ist z. B. nach Pearce und Atkinson (1993) eine weit-gehende, aber nach Daly (1996) keine Substitution möglich.

(Keynesianistische Globalsteuerung). Das heißt jedoch nicht, dass Steuerung *per se* unmöglich wäre, sondern dass sie nicht die direkte Umsetzung extern formulierter Ziele sein kann, sondern auf die häufig unvorhergesehenen Rück- und Nebenwirkungen reagieren muss, die Kennzeichen der *reflexiven Moderne* sind (Beck et al. 1996). Nachbesserungen und Readjustierungen sind insofern nicht Zeichen von Politikversagen, sondern von Lernfähigkeit. Eine Kontextsteuerung, die auf einem breiten Instrumentenmix aufbaut (von Rechtssetzung und Normung über ökonomische und informatorische Instrumente bis zu Planungsvorgaben), führt dann zu einer stärker politisch gesteuerten Ökonomie bei gleichzeitig weniger direkten Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen (Hinterberger et al. 1996; Renner 1998).

Die Gesamtheit dieser Regulierungen ist dabei so zu gestalten, dass sie als evolutionäre Entdeckungsprozesse institutionalisiert werden und so den Markt da ergänzen, wo er Schwachpunkte aufweist. Dieser Ansatz verbindet gestaltende Richtungsgebung durch Setzung von Rahmenbedingungen (Kontextsteuerung) mit der Mobilisierung von Selbstorganisationspotenzialen und deren Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit. Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft, ihre Wohlstandsmodelle und Arbeitsformen, Gerechtigkeitsvorstellungen und Leitbilder sind demnach lernende soziale Systeme, die aufeinander abgestimmt sein müssen. (Katterle 1999).

Operationalisierung

Das Oberziel einer Politik der nachhaltigen Entwicklung ist der Erhalt der Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems aus Umwelt und Menschen, Wirtschaft und Gesellschaft. Um dieses Ziel zu operationalisieren, können Gesellschaften und ihre Naturverhältnisse als vierdimensionaler Raum beschrieben werden, wobei Umwelt, Bevölkerung, Gesellschaft und Wirtschaft je eine Dimension darstellen. Jeder Entwicklungsprozess betrifft alle vier Dimensionen, und nachhaltige Entwicklung stellt eine spezifische Auswahl aus den potenziell möglichen Entwicklungspfaden dar.

Die Dimensionen

Ausgehend von dem Charakter der Entwicklung des Gesamtsystems als Koevolution der Teilsysteme ergibt sich unvermeidlich, dass die Nachhaltigkeit jedes der Teilsysteme ökonomischen, ökologischen, sozialen und institutionellen Kriterien unterliegt. Diese sind auf jedes der vier Teilsysteme anzuwenden, die bei der UN Kommission für nachhaltige Entwicklung als Dimensionen der Nachhaltigkeit bezeichnet werden (UNDP/PCSD 1996) und bei der Weltbank wie bei vielen Ökonomen als Kapitalstöcke (Serageldin 1997). Nachhaltiges Wirtschaften zielt auf Bestandserhalt im Sinne von Werterhalt des Bestandes (und ist damit kontextabhängig) plus Produktivitätserhalt. Das gilt für alle vier Systeme/Dimensionen/Kapitalstöcke, und für Erwerbs- wie für Nichterwerbsarbeit (Hofmeister 1999).

In dieser Strukturierung umfasst

- die *institutionelle Dimension* (Teilsystem »Gesellschaft«, Sozialkapital) die aus dem Menschen äußerlichen, interpersonellen Interaktionen resultierenden handlungsrelevanten formellen wie informellen Beziehungsverhältnisse;

- die *soziale Dimension* (Teilsystem »Bevölkerung«, Humankapital) die Gesamtheit der intrapersonalen persönlichen Fähigkeiten, Eigenschaften und Erfahrungen von Individuen und sozialen Gruppen;
- die *ökologische Dimension* (Teilsystem »natürliche Umwelt«, Naturkapital) alle bio-geologischen Prozesse und ihre Elemente, also nicht die vom Menschen gestalteten Abläufe und Artefakte;
- die *ökonomische Dimension* (Teilsystem »Wirtschaft«, Sachkapital) Herstellung, Austausch und Nutzung von Gütern und Dienstleistungen in Erwerbs- und Nichterwerbswirtschaft, einschließlich ihrer Mittel und Resultate (Geld, Gewinne, Vermögen, Akkumulation ...).

An (fast) jeder menschlichen Handlung sind alle vier Dimensionen in wechselnder Gewichtung beteiligt – die vorgenommene Trennung ist also künstlich, aber insofern sinnvoll, als die beschriebenen Komponenten der Gesamtheit von »menschlicher Gesellschaft und ihrer Umwelt« über durchaus verschiedene Funktionslogiken und Zeitstrukturen verfügen, die bei nachhaltigkeitsorientierten Entscheidungen zu beachten sind. Alle vier Dimensionen bzw. Gegenstandsbereiche oder Kapitalstöcke interagieren, und oft sind die Trennungslinien nur mühsam klar zu ziehen (Spangenberg 2001). Insbesondere die Abgrenzung der sozialen und der institutionellen Dimension, also der Gegenstandsbereiche Bevölkerung und Gesellschaft ist nicht einfach.²

So gehören z. B. individuelle Leitvorstellungen und Präferenzen zur sozialen Dimension, Leitbilder als Charakteristikum sozialer Gruppen aber zur institutionellen. Diese umfasst interpersonelle Strukturen der Gesellschaft, also durch Interaktion von Bürger/innen/n entstehende Institutionen wie Organisationen (Vereine, Nachbarschaftsnetzwerke, etc.), Mechanismen (wie Entscheidungsabläufe, gegenseitiges Vertrauen und Toleranz, aber auch Macht und Einflussmöglichkeiten) sowie Orientierungen (geteilte soziale Zielvorstellungen, Meta-Leitbilder nachhaltiger Entwicklung, Mythen oder Paradigmen und »mental maps«).

Institutionen wie Überzeugungen, Normen, Beziehungen, Eigentumsrechte oder Behörden entstehen als soziale Antwort auf die Herausforderung der natürlichen und sozialen Umwelt und die bei ihrer Bewältigung auftretenden Kooperationsprobleme (Weißbuch 2000). Allgemeiner werden Institutionen im Sinne der Politikwissenschaften (z. B. Czada 1995) als interpersonelle entscheidungsleitende Mechanismen und Regelsysteme verstanden.³ Unter diese breit angelegte Definition fallen nicht nur legitime Institutionen, z. B. politische Institutionen, die eine Legitimation durch das Repräsentanzprinzip und durch ihre Handlungs- und Sanktionsfähigkeit haben, oder legitime gesellschaftliche Institutionen, sondern auch Institutionen wie das organisierte Verbrechen, seine Einflussmechanismen und die es ermöglichenden Traditionen und Einstellungen. Wenn jedoch im Folgenden von Institutionen die Rede ist, ist dies stets auf solche im erstgenannten Sinn bezogen, da nur diese als relevant für eine auch institutionell nachhaltige Entwicklung angesehen werden, die Transparenz, Verantwortlichkeit, Demokratie und Legitimität beinhalten.

2 Die Elemente der institutionellen Dimension werden deshalb in einfacheren Konzepten – soweit überhaupt berücksichtigt – meist dem Gegenstandsbereich des »Sozialen« zugeschlagen, der dann die Individuen der Bevölkerung wie ihre Vergesellschaftung umfasst, also sehr weit gefasst und so auch in seiner Operationalisierbarkeit beeinträchtigt ist.

3 Die Wahl einer politikwissenschaftlichen Definition erfolgt nicht willkürlich: historische, soziologische und juristische, insbesondere aber auch die Ansätze der neuen Institutionenökonomik erweisen sich im Rahmen eines auf politisches Handeln ausgerichteten Nachhaltigkeitskonzepts als weniger geeignete Konzepte (vgl. Spangenberg, et al. 2002, Ders. 2002).

Nachhaltigkeitskriterien je Kapitalstock/Dimension

Für eine Politik der Nachhaltigkeit ist es notwendig, statt blindem Wachstumsglauben (oder seiner ebenso blinden Verdammung) den Glauben an ein Allheilmittel aufzugeben und zu einer Ziele gebundenen Politik überzugehen. Das wäre auch ein demokratischer Fortschritt, da er den Wähler/inne/n erlaubt, zwischen unterschiedlichen Zukunftsentwürfen zu entscheiden, und nicht nur zwischen verschiedenen Mitteln auf dem Wege zum Einheitsziel der *classe politique*. Solche Ziele müssen auf unterschiedlichen Konkretisierungsniveaus klar benannt werden (vgl. auch die Gliederung in Leitprinzipien, Was- und Wie-Regeln und Indikatoren bei der HGF (Kopfmüller et al. 2001) und die Berichte früherer Enquete-Kommissionen des deutschen Bundestags):

- zentrale Qualitätsziele, die dimensionenübergreifend zentrale Charakteristika der angestrebten Gesellschaftsformation beschreiben;
- allgemeine Leitbilder, die den Kontext jeweils spezifischer politischer Entscheidungen darstellen;
- spezifische Leitbilder, die in verschiedenen Politikbereichen die Handlungsaufgaben konkretisieren; und
- Handlungs- bzw. Gestaltungsziele.

Unter Berücksichtigung von intragenerationellen Gerechtigkeitsvorstellungen lassen sich Qualitätsziele für eine Entwicklung in Richtung auf Nachhaltigkeit benennen (Hans-Böckler-Stiftung 2000):

Ein grundlegendes soziales Ziel ist die Gewährleistung der Möglichkeit, das Recht zur freien Entfaltung der Persönlichkeit auch in die Realität umzusetzen, das Vorhandensein der dazu notwendigen Voraussetzungen. Dazu gehört z. B. der Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer durch die Begrenzung der Belastung durch Erwerbsarbeit (Extensivität, Intensivität, Flexibilität), durch den Belastungsausgleich in Mischarbeit und die eigenaktiven Gestaltungsmöglichkeiten ebenso wie die Bewusstmachung und Herstellung sozialer und ökologischer Kreisläufe zwischen Arbeit und Leben, damit Erhöhung von Schlüsselqualifikationen, individueller Verantwortlichkeit und Innovativität.

Ein vorrangiges Ziel aus ökonomischer Sicht ist die Bewahrung der statischen und dynamischen Effizienz, das heißt Erhalt und Schaffung von Anreizen zur Wirtschaftlichkeit ebenso wie zur ständigen Verbesserung der Wirtschaftlichkeit durch Innovation, sowie Sicherung der Attraktivität des Produktionsstandorts und die Leistung eines angemessenen Beitrags zur internationalen wirtschaftlichen Stabilität. Dazu dient u. a. eine staatliche Rahmenordnung zur Beseitigung von Markt- und Marktwirtschaftsversagen, so dass Marktmechanismen da zur vollen Entfaltung kommen, wo dies dem Allgemeinwohl dient.

Aus ökologischer Sicht ist das Oberziel, die Regenerationsfähigkeit des Natursystems dauerhaft zu sichern. Dazu bedarf es einer Verringerung des fossilen Primärenergieverbrauchs, der gesamten Rohstoffentnahme aus der Natur und des Flächenverbrauchs derart, dass es gelingt, die unvermeidliche Klimaänderung auf ein handhabbares Maß zu beschränken (IPCC et al. 2000), die wesentlichen Antriebskräfte, die hinter den meisten gegenwärtigen (und wohl auch zukünftigen) Umweltschäden stehen, auf ein Maß abzusenken,

das der Natur eine Regeneration ermöglicht (vgl. Schmidt-Bleek 1994) und durch die verringerte Inanspruchnahme von Ressourcen die Voraussetzung für eine weltweite Verteilungsgerechtigkeit im Ressourcenverbrauch schafft (vgl. Spangenberg 1995). Hinzu kommt der Schutz der biologischen Vielfalt gegen Belastungen aus Flächenverbrauch, Klimawandel, Schadstoffemissionen und Invasionen nicht-indigener Arten und die Risikovermeidung für Mensch und Umwelt durch die Mechanismen der traditionellen Umweltpolitik sowie schließlich eine fehlerfreundliche Technikgestaltung, die zum Beispiel die Atomkraftnutzung ausschließt.

Aus institutioneller Sicht ist eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Voraussetzung für ein erfülltes Leben in Frieden und sozialer Sicherheit. Grundlage für die Realisierung dieses Qualitätsziels ist eine Interpretation von Gemeinwohl auf der Grundlage eines Ausgleichs der individuellen Präferenzen, von Solidarität und der Verantwortung für künftige Generationen. Als freiheitssichernder Sozialstaat dient eine solche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dazu, einen menschenwürdigen Lebensstil für alle Bürger/innen zu ermöglichen, einschließlich der Sicherung des Zugangs zu den relevanten gesellschaftlichen Prozessen, zu Bildung, Kultur und Entscheidungsprozessen, also Partizipation und Demokratisierung. Dazu gehört auch die Möglichkeit zur Teilnahme am Erwerbsleben für alle (Erwerbschancen, Vollbeschäftigung) und Gewährleistung des Lebensunterhalts für diejenigen, die am Erwerbsleben nicht teilnehmen können oder gesellschaftlich anerkannte Aufgaben außerhalb der Erwerbstätigkeit wahrnehmen (Armutsbekämpfung, soziale Sicherung) und eine robuste Gestaltung sozialer Sicherungssysteme einschließlich einer sozialen Mindestsicherung (Grundeinkommen o. ä.), sowie ein fairer intergenerationaler Ausgleich. Ein anderer wesentlicher Aspekt ist die Erhöhung sozialer Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen in Bezug auf die Teilhabe an Erwerbsarbeit, wie bei der Übernahme von notwendigen und sinnvollen informellen Tätigkeiten (vgl. Brandl 2000).

Unterhalb dieser Ebene der allgemeinen Qualitätsziele und in den obigen Begründungen bereits angedeutet, sind die Leitbilder angesiedelt. Wenn z. B. ein allgemeines Qualitätsziel die Möglichkeit zu einem erfüllten Leben in Frieden und sozialer Sicherheit ist, dann wird dies durch verschiedene Leitbilder konkretisiert, z. B. zu Konfliktlösung, zur sozialen Sicherheit, zur Zukunft der Arbeit (Leitbild z. B.: Gestaltung der Erwerbsarbeit als Teil von Mischarbeit (vgl. Hildebrandt 1999) durch die Aufwertung der Prinzipien der Fürsorge, des Haushaltens und der Solidarität), zum Schutz der sozialen Gemeinschaften, der Familien und sozialen Gruppen (Leitbild z. B.: Aufwertung versorgender und gemeinschaftlicher Tätigkeiten, damit auch die Erhöhung der sozialen Sicherheit (vgl. Hildebrandt 1997)). Um ein anderes allgemeines Qualitätsziel, das Recht zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, zu realisieren, muss eine Reihe von Voraussetzungen u. a. in den Bereichen Bildung, Erziehung, Bürgerrechte, materielle Sicherung, Arbeit, Recht auf Mobilität, etc. erfüllt sein; diese werden durch spezifische Leitbilder konkretisiert.

Spezifische Leitbilder und Handlungs- bzw. Gestaltungsziele z. B. für den Bereich Umwelt- und Naturschutz finden sich detailreich und sachkundig ausgearbeitet bei Lüderitz (2004). Für die Gestaltung der Arbeitswelt ergibt sich z. B. aus der institutionellen Zielsetzung die Herausforderung, Teilhabe konkret werden zu lassen. Das kann sich nicht nur auf den notwendigen Erhalt und Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung beziehen, die das Unternehmerlager inzwischen kollektiv auf die Abschlussliste gesetzt hat, sondern es erfordert zusätzlich die Ergänzung der betrieblichen und Konzernmitbestimmung um die am Arbeitsplatz, d. h., die Stärkung individueller Partizipationsrechte auch im Arbeitsleben. Diese Forderungen sind nicht nur Bestandteil der institutionellen Dimension nachhaltiger Entwicklung, sondern stärken die soziale Dimension durch Bildung von Wissen und Persönlichkeit, sowie die ökonomische Dimension durch die zusätzlichen Innovationspotenziale, die bisher weitgehend ungenutzt in den Köpfen der Belegschaften schlummern (die Zurückweisung von Mitbestimmung als Einschränkung unternehmerischer Freiheit ist insofern ein Zeichen eher präkapitalistisch-feudaler Machtstrukturen in vielen Unternehmen). Gerade in Zeiten krisenhafter ökonomischer Entwicklungen (Globalisierung) sind Innovationen der Schlüssel zum Überleben, und nicht Kostenkürzungsstrategien, die im Wettbewerb mit sich industrialisierenden Ländern des Südens von vornherein keine dauerhafte und damit nachhaltige Lösung bieten können. Innovationen, die die Wettbewerbsfähigkeit stärken, können jedoch nicht nur technische Neuerungen sein, sondern müssen technische, soziale und Prozessinnovationen verbinden. Solche kreativen Antworten bedürfen origineller Lösungen, die am ehesten realisiert werden können, wenn an ihrer Hervorbringung und Implementation möglichst viele Menschen beteiligt sind. Mit anderen Worten: erfolgreiche Innovation verlangt einen integrativen Ansatz und bedarf der Teilhabe und Partizipation – das gilt in der Wirtschaft wie im öffentlichen Sektor und in zivilgesellschaftlichen Institutionen.

Eine derart innovative Gesellschaft bedarf zur Absicherung der mit schnellen Entwicklungen immer verbundenen Friktionen eines zuverlässigen sozialen Sicherungssystems, und eine partizipatorische Gesellschaft ist nur möglich bei einer entsprechenden Sozialisation ihrer Bürger/innen, die ohne soziale Kohäsion und aktive Integration nicht zu haben ist. Die formelle wie materielle Freiheit zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ist Bedingung für die Entwicklung zu mündigen Staatsbürger/inne/n.

Wider die ökonomistische Verengung der Perspektive

Gegenwärtig wird häufig argumentiert, dass das notwendige Wohlstandsniveau nur mittels der effizienten Allokation durch freie Märkte erreicht werden kann, und dass deshalb eine Deregulierungspolitik den Interessen der Einzelnen am besten dient. Diese Argumentation hat eine Vielzahl von Schwachstellen (Nelson 1997); im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit sind die folgenden von besonderer Relevanz:

- Die ökonomische Theorie, auf der solche Vorhersagen (Wohlstandsmehrung durch Deregulierung) beruhen, nimmt den Markt als

Austauschmechanismus unter wohlinformierten Gleichen an. Dass Marktprozesse Ausdrucksformen der hinter ihnen stehenden Institutionen sind (einschließlich Machtstrukturen), wird in der politisch handlungsleitenden Standardökonomik vernachlässigt (was wiederum eine Machtstruktur zeigt). So werden die Akteure und ihre Interessen verdrängt und als Ziel ein Marktmechanismus propagiert, der ein vollständig anonymer Austauschmechanismus ist, in dem alle die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben. Damit kennt der »perfekte Markt« keine Verantwortlichen – er ist die vollendete Form kollektiver Verantwortungslosigkeit. Deshalb sind Probleme, die eine/n individuell Verantwortliche/n brauchen, strukturell nicht marktfähig.

- Selbst unter der Annahme idealer Märkte, in denen eine effiziente Allokation gewährleistet ist, führt dies nur für solche privaten Güter zu einem optimalen Ergebnis, deren Verteilung nach Kaufkraft gewünscht ist. Wenn jedoch aus politischen, ethischen oder anderen Gründen eine andere Verteilung als angemessen angesehen wird, dann bedarf entweder der Marktmechanismus der politischen Ergänzung, z. B. durch eine Korrektur der Primärverteilung durch Abschöpfung mittels progressiver Einkommenssteuern, Vermögenssteuern etc. und Umverteilung mittels Transferleistungen (in diesem Falle bleibt die Allokation nach Kaufkraft unangetastet, aber die Kaufkraft wird umverteilt). Alternativ oder komplementär (z. B. bei unzureichender Umverteilung oder für den Zugang zu öffentlichen Gütern) kann die Verteilung über andere Mechanismen als den Markt organisiert werden, wie in der Vergangenheit für Kindergartenplätze, Hochschulzugang und allgemeine öffentliche Leistungen, die nicht meistbietend, sondern nach festen Gebührensätzen angeboten werden. Solche Korrekturen von Marktmechanismus und -ergebnis sind im Nachhaltigkeitskontext insofern unverzichtbar, als Nachhaltigkeit auf Gerechtigkeit aufbaut (und in vieler Hinsicht die Operationalisierung eines erweiterten Gerechtigkeitsziels darstellt), während der Markt als Institution keine übergeordneten Ziele wie Gerechtigkeit kennt.

Diese Einschränkungen sind kein generelles Verdikt gegen offene Güter- und Finanzmärkte (auch Keynes und Marx haben erfolgreich an der Börse spekuliert), sondern die Aufforderung, ihre Vor- wie Nachteile zu sehen und diese gezielt im Dienste einer übergeordneten politischen Strategie und im geeigneten Kontext zu nutzen. Sie weisen aber auf die Probleme hin, die durch die neoliberal inspirierte »Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche« entstehen.

Die seit den 1980er Jahren in Westdeutschland zu beobachtende »Durchstaatlichung« im Sinne des Ausbaus staatlicher Überwachungs- und Kontrollapparate sowie die umfassende staatliche Stützung für die Rahmenbedingungen der Akkumulation (Fuchs 1987) schreitet ebenfalls, und nach dem Beitritt der ehemaligen DDR noch verstärkt fort, wie die Diskussion um die Etablierung des »repressiven Wohlfahrtsstaates« rund um die Agenda 2010 der Bundesregierung verdeutlicht.

Nachhaltigkeit als »soziale Lehre«

Nachhaltigkeit als »soziale Lehre«, als Orientierung oder Meta-Leitbild und neue Fortschrittsdeutung unterscheidet sich von Ideologien

«The Earth belongs to each ... generation during its course, fully and in its own right. The second generation receives it clear of the debts and encumbrances, the third of the second, and so on. For if the first would charge it with a debt, then the Earth would belong to the dead and not to the living generation. Then, no generation can contract debts greater than may be paid during the course of its own existence ...»
Thomas Jefferson an James Madison, 6. September 1789

durch *Zukunftsoffenheit* (Undeterminiertheit) und vom Liberalismus durch *Gerichtetheit*. Im Gegensatz zum liberalen Vorschlag, Nachhaltigkeit als regulative Idee zu betrachten und Nachhaltigkeitskriterien nur auf den Prozess der Entscheidungsfindung anzuwenden, unabhängig von seinen Ergebnissen (hierin ähnlich der Gerechtigkeitstheorie von Rawls könnte diese Vorstellung als prozedurale Nachhaltigkeit bezeichnet werden), kann eine Nachhaltigkeitskonzeption, die den seit dem 18. Jahrhundert und insbesondere seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts entstandenen Grundlagen des Konzepts sowie internationalen Vereinbarungen, UN-Beschlüssen etc. verpflichtet ist, auf normativ gesetzte, überwiegend qualitative Ziele nicht verzichten (substanzielle Nachhaltigkeit). Nachhaltigkeit bestimmt einen Kanon, der politisches Handeln anleiten soll, aber nicht festlegt, der jedoch als Prüfmaßstab für die Ergebnisse dieses Handelns fungiert.

Solche substanzielle Nachhaltigkeit als politisches Orientierungs- und Bewertungsinstrument erfordert die Integration von expliziten Wertorientierungen und Gesellschaftsanalyse und ergibt ein Denk- und damit Deutungsmuster, das gesellschaftliche Veränderungen widerspiegelt, begleitet, analysiert und weitere oder andere einfordert. Es hilft z. B. Marktversagen (aufgrund zu identifizierender Umstände leistet ein Markt nicht, was er könnte, z. B. bei Monopolisierungen) und Marktwirtschaftsversagen zu erkennen und zu unterscheiden (für die Allokation von Gütern nach anderen als Kaufkraftkriterien ist der Markt als Instrument ungeeignet und muss versagen). Auf dieser Grundlage können dann Alternativen formuliert und eingefordert werden.

Richtig verstanden ist Nachhaltigkeit als moderne Politik zur Bändigung der kapitalistischen Wirtschaft auf verschiedenen Ebenen eine Antwort auf die und Ausdruck der Sehnsucht der Menschen nach einem gerechten und humanen (d. h. auch pluralistischen und toleranten) Gemeinwesen, nach Lösungen mit dem höchsten Nutzen für das Gemeinwohl. Nach dem Ende hermetisch geschlossener Denksysteme und Weltbilder ist Nachhaltigkeit damit der vielleicht wichtigste gesellschaftspolitische Gegenentwurf zur neoliberalen Weltordnung.

Ergebnisse der nunmehr ungehemmt wirkenden kapitalistischen Logik wären:

- die sozialen Beziehungen aus dem individuellen Eigeninteresse abzuleiten und sie darauf zu beschränken (M. Thatcher drückte es so aus: »there is no such thing as society«),
- damit die Gesellschaft auf ein Marktfunktionsinstrument zu verkürzen, was nach Matzner (2002) ein wesentliches Charakteristikum der US-Gesellschaft darstellt und diese vom tradierten europäischen Gesellschaftsmodell unterscheidet,
- den staatlichen Regulierungsauftrag auf den privaten Nutzen zu-rechtzustutzen, da die gesellschaftliche Dimension für nicht-existent oder zumindest irrelevant erklärt ist.

Das Freiheitsverständnis der gegenwärtigen Welle an »Liberalisierung« ist ein eng gefasstes Verständnis von marktradikalem Wirtschaftsliberalismus ohne eine gesellschaftliche Dimension und hat mit dem Freiheitsverständnis der Aufklärung, wie es dem Konzept

der Nachhaltigkeit zugrunde liegt, wenig bis nichts zu tun. Was bleibt, ist die Freiheit der Konsumenten als Teil des Markgeschehens, nicht die Freiheit der Bürger/innen, denn diese ist als Freiheit im Rahmen eines Gemeinwesens definiert.

Rechts- und Sozialstaat sind durch solche Forderungen gefährdet. Sie waren und sind zum Teil noch Träger und Ausdruck des politischen Willens, die soziale Blindheit des Marktgeschehens ständig zu korrigieren, als Ergebnis jener sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts, die Freiheit und Gleichheit aufeinander bezogen haben. *Gleichheit* meint dann die gleiche Freiheit aller, die ohne andauernde Korrektur der dem Kapitalismus immanenten sich ständig ausweitenden Ungleichheit keine Chance hat, real zu werden. Gleichheit ist insofern eine konditionierte Norm für reale Verhältnisse, verwandt den *capabilities* bei Sen, nicht nur (ähnlich der Gerechtigkeit bei Rawls) ein prozedurales Kriterium im Sinne von Gleichbehandlung (Meyer 2004). Im Gegenteil: Gleichheit erfordert ungleiche Behandlungen ungleicher Situationen. Politische Ziele substanzieller Nachhaltigkeit müssen deshalb auch sein (Grebing 2004)

- die Freiheit sozial zu fundieren,
- Gleichheit individuell zu denken,
- Gerechtigkeit als umfassendes, alle Bereiche menschlicher Existenz durchwirkendes Prinzip zu verstehen, und
- Solidarität als Hebel einzusetzen.

Teilhabe ist das Oberziel einer nachhaltigen Gesellschaft, wirtschaftliche, soziale und rechtliche Teilhabe an einer gesunden Umwelt, einer lebenswerten Gesellschaft, an einem demokratischen Rechtsstaat mit partizipativer Entscheidungsfindung, an einem reichen kulturellen Leben auch durch Zugang zu Bildung, an einer funktionierenden, ausgelasteten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft als Arbeitnehmer, Selbstständiger, Betriebsrentner, Anteilseigner, als Produzent, Zwischenhändler und Konsument. Eine derart umfassend verstandene Nachhaltigkeit erfordert umfassende Reformen, einschließlich Umverteilung von Arbeit und Einkommen zur Sicherung der Teilhabe an Arbeit wie an ihren Früchten, an Bildung sowie durch die Optimierung von Qualität, Quantität und Zugänglichkeit öffentlicher Güter. Nachhaltigkeit als Teilhabe steht insofern im Kontrast zu dem zunehmend verkürzten Verständnis von Teilhabe, wie es in der politischen Arena dominiert, sei es in der konservativ-liberalen Variante, die Zugang auf formale Bürgerrechte (mit obrigkeitstaatlichen Einschränkungen) plus wirtschaftliche Freiheitsrechte und Konsumfreiheit reduziert, oder in der neo-sozial-demokratischen Variante, die diesem Kanon noch den Zugang zu Bildungschancen hinzufügt (die Grünen schwanken zwischen beiden Positionen und ergänzen sie um Minderheitenrechte). Statt die in der Bürgerlichkeit des Citoyen angelegte Teilhabe im traditionell engen Sinne modifiziert fortzuschreiben, ist es im Sinne nachhaltiger Entwicklung erforderlich, an sie anknüpfend den qualitativen Schritt der Erweiterung vom Bürgertum zur Bürger/innengesellschaft zu tun und dazu nicht nur die ehemaligen Privilegien zum Gemeingut zu machen, sondern sie in diesem Prozess auch umfassend so zu erweitern, wie es bereits die Menschenrechtscharta in ihrer Ge-

4 Eine wesentliche Institution war dabei ein Arrangement von Arbeitgebern und Gewerkschaften unter Mitwirkung des Staates, das in den 1970ern als »konzertierte Aktion« firmierte und zur Jahrhundertwende als »Bündnis für Arbeit« scheiterte (schon 1987 stellte Fuchs fest, dass »das Konzept des Neokorporatismus [...] längst zu einem historischen Relikt der 60er und 70er Jahre geworden« war, da derartige »Arrangements nicht nur in der Bundesrepublik gescheitert« seien (Fuchs 1987, S. 289). Statt dessen sind neue Konzepte von multi-level governance heute eher problemadäquat.

Literatur :

- Beck, U., Giddens, A., Lash, S. (1996): Reflexive Modernisierung – Eine Kontroverse. Frankfurt/Main, Suhrkamp.
- Brandl, S. (2000): »Leitideen und Strategien für eine nachhaltige Arbeitsgesellschaft.« Perspektiven des demokratischen Sozialismus 17(2): 33-41.
- BUND/MISEREOR, Ed. (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Eine Studie des Wuppertal Instituts. Basel/Berlin, Birkhäuser.
- Carlowitz, H. C. v. (1713): Sylvicultura oeconomica oder Anweisung zu wilden Baum-Zucht. Leipzig, Reprint Freiberg 2000.
- CEC Commission of the European Communities (2001): A Sustainable Europe for a Better World: The European Union Strategy for Sustainable Development. The Commission's Proposal to the Gothenburg European Council. Communication from the Commission. Brussels.
- CEC Commission of the European Communities (2002): The Lisbon Strategy – Making Change Happen. Commission Staff Working Paper in support of the Report from the Commission to the Spring European Council in Barcelona. Brussels.
- Council on Environmental Quality (1980): Global 2000 – The Report to the President. Washington.
- Czada, R. (1995): Institutionelle Theorien der Politik. In: Lexikon der Politik. D. Nohlen, Schultze, H.-O. Munich, 1: 205-213.
- Daly, H. E. (1991): Steady State Economics. Washington/Covelo.
- Daly, H. E. (1996): Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development. Boston, Beacon Press.

- Fuchs, G. (1987): »Grundsätzliche Überlegungen zur Entwicklung von Staatstätigkeit und Staatstheorie.« Perspektiven des demokratischen Sozialismus 4(4): 287-291.
- Georgescu-Roegen, N. (1971): The Entropy Law and the Economic Process. Cambridge, MA, Harvard University Press.
- Georgescu-Roegen, N. (1986): »The Entropy Law and the Economic Process in Retrospect.« Eastern Economic Journal 12(1): 3-25.
- Grebing, H. (2004): »Die sozialen Ideen des demokratischen Sozialismus.« Perspektiven des demokratischen Sozialismus 21.(2): 12-20.
- Grober, U. (2002): »Tiefe Wurzeln: Eine kleine Begriffsgeschichte von »sustainable development« – Nachhaltigkeit.« Natur und Kultur 3(1): 116-128.
- Grober, U. (2002): »Wise Use, Dauerwald, Land-Ethik.« Natur und Kultur 3(2): 112-119.
- Grove, R. H. (1992): »Anfänge des Umweltbewußtseins.« Spektrum der Wissenschaft 1992(9): 76-81.
- Grunwald, A., Coenen, R., Nitsch, J., Sydow, A., Wiedemann, P., Ed. (2001): Forschungswerkstatt Nachhaltigkeit: Wege zur Diagnose und Therapie von Nachhaltigkeitsdefiziten. Global zukunftsfähige Entwicklung – Perspektiven für Deutschland. Berlin, edition sigma.
- Hans-Böckler-Stiftung, Ed. (2000): Arbeit und Ökologie, Endbericht. Düsseldorf, Hans Böckler Stiftung.
- Hauff, V. (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchhandlung.
- Herrera, A., Skolnik, G. (1976): Die Grenzen des Elends – Das Bariloche-Modell (engl. Original: Limits to Misery – The Bariloche Model). Frankfurt/M., Suhrkamp.
- Hildebrandt, E. (1997): Nachhaltige Lebensführung unter den Bedingungen sozialer Krise – einige Überlegungen. Nachhaltige Entwicklung – Eine Herausforderung an die Soziologie. K.-W. Brand, Opladen, Leske und Budrich: 244-258.
- Hildebrandt, E. (1999): »Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung.« Wissenschaftszentrum für die Sozialwissenschaften. Berlin, WZB Papers (P99-507): 42.
- Hinterberger, F., Luks, F., Stewen, M., (1996): Ökologische Wirtschaftspolitik: Zwischen Ökodiktatur und Umweltkatastrophe. Basel/ Berlin, Birkhäuser.
- Hofmeister, S. (1999): »Über Effizienz und Suffizienz hinaus.« Politische Ökologie 62: 34-36.
- IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change. WMO World Meteorological Organization. UNEP United Nations Environment Programme (2000). IPCC Special Report: Emission Scenarios, New York/Nairobi, IPCC.
- samtheit (also einschließlich der sozialen Menschenrechte) definiert. In diesem Prozess wird die Teilhabe auf alle Lebensbereiche der Gesellschaft ausgedehnt, von partizipativen Kommunen bis zur Wirtschaftsdemokratie.

Nachhaltigkeit als Arrangement oder Regulationsmodus

Nachhaltigkeitspolitik erfordert einerseits eine neue Kontextualisierung bestehender Politiken, die zu ihrer Modifikation oder Ergänzung führen kann, andererseits muss sie an bestehende Orientierungen anknüpfen und bestehende Mechanismen nutzen, wenn sie effektiv sein soll. In der Bundesrepublik bietet das historisch prägende Arrangement, die soziale Marktwirtschaft, eine Chance dazu. In den 1950er und 60er Jahren in einer christ-, in den 1970ern in einer sozialdemokratischen Variante gesellschaftlich hegemonial, ist sie seit den 1980er Jahren, insbesondere aber nach der Übernahme der Ex-DDR (deren prägendes staatssozialistisches Arrangement erst erodierte und dann kollabierte) zu einem auslaufenden Regulationsmodus geworden, genießt aber in der Bevölkerung – anders als in der politischen Klasse – weiterhin starke Unterstützung. An diese, wie an einige zentrale Elemente des Konzepts kann eine Politik der Nachhaltigkeit anknüpfen.

So gehören zur ursprünglichen Konzeption der sozialen Marktwirtschaft eine aktive Wettbewerbspolitik ebenso wie Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit; weitere Kernelemente sind die Mitbestimmung und die Vermögensbildung der Arbeitnehmer/innen. In diesem Sinne ist »das Soziale« der sozialen Marktwirtschaft nicht eine Ergänzungs- oder Korrekturmaßnahme, sondern Voraussetzung von Märkten und Kennzeichen des institutionellen Arrangements insgesamt. Ethische und politische, d. h. außerökonomische Ziele bilden demnach »Merkmale institutionellen Sinns«, auf denen unterschiedliche Wohlfahrtskonzepte beruhen. Diese werden durch einen politischen Prozess in Institutionen der Gesellschaft umgesetzt, die wiederum Sinn- und Zweckvorgaben für die Wirtschaft bilden und so Restriktionen konstituieren wie Handlungschancen eröffnen (Katterle 1999)⁴.

Die sich auf dieser Grundlage (vgl. Müller 2004) entwickelnde wirtschaftliche Expansion profitierte von der wachsenden Nachfrage durch eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik (und von den durch eine unterbewertete Währung erleichterten Exporten); hohes relatives Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitszeiten sorgten für Vollbeschäftigung trotz steigender Arbeitsproduktivität. Das Wirtschaftswachstum wurde unterstützt durch einen Realzins unterhalb der Wachstumsrate (d. h. Realkapitalinvestitionen waren trotz gesicherter Rendite vielversprechender als Investitionen in Finanzkapitalanlagen). Seit der ersten Ölpreiskrise der früher 1970er Jahre und dem »middle-of-the-road-monetarism« Helmut Schmidts in den 80er Jahren hat sich jedoch die Bedeutung der Zinsrate gewandelt: sie dient nicht mehr in erster Linie der Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung, sondern ist ausschließlich auf die Inflationsbekämpfung ausgerichtet, d. h. auf den Werterhalt der Geldvermögen.

Bestandteile dieses Arrangement haben die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik heute geprägt, mit abnehmender Bindungswirkung.

Wie jedes Arrangement stellte es einen zeitlich begrenzten Kompromiss auf Basis der zum Ausgangszeitpunkt vorherrschenden Kräfteverhältnisse dar, mit dem Ziel, soziale Konflikte temporär zu überbrücken. Werden solche breit getragenen Kompromisse und Institutionen freiwillig akzeptiert, und damit zu Normen, die ohne weitere Begründung gültig sind, dann entfalten sie eine sich selbst reproduzierende Stabilität, werden zu einem Regulationsmodus (Alain Lipietz) oder einem Habitus (Pierre Bourdieu). Bestehende Arrangements werden – je nach Situation – formell oder informell gekündigt, und in einem konfliktreichen, un stetigen und ergebnisoffenen Transitionsprozess ein neues Arrangement entwickelt (Whiteside 1996). Dieser Mechanismus der iterativen Aushandlung bleibt in Kraft, solange alle Seiten ein Arrangement wollen – wobei das Streben nach *Arrangements*, die breit getragen werden können, eine europäische Kulturleistung ist (vergleichbare, und noch stärker ausgeprägte Balancekulturen haben z.B. viele asiatische Zivilisationen entwickelt). Dem steht heute international das angelsächsische Siegermodell des »the winner takes it all« gegenüber, das die strategische Zuspitzung des neoliberalen Globalisierungsdiskurses (und der ihn stützenden neoklassischen Wirtschaftstheorie) darstellt. Es sucht keine freiwillig akzeptierten Arrangements mehr, sondern Sieg oder Niederlage – der Unterlegene muss sich in das vom Sieger bestimmte Arrangement fügen, bekommt Aufgaben und Restkompetenzen zugeteilt. Dieses ist dann kein selbststabilisierender Regulationsmodus, sondern mangels Konsensfindung eine instabile Situation, die zu häufigen Umbrüchen neigt. In der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik überlagern sich beide Konflikte, der um den Modus der Auseinandersetzung und der um die Lösung von politischen Streitfragen gemäß dem einen oder anderen Modus (Spangenberg 2004). Gerade in den sozialpolitischen Konflikten und den Tarifauseinandersetzungen der letzten Jahre konnte zeitweise der Eindruck entstehen, dass die Akteure unterschiedliche Kämpfe auf denselben Schauplätzen austrugen (was die Berechenbarkeit der Konfliktparteien und damit die Ergebnisfindung erschwert).

Das »Siegermodell« führt in der politischen Praxis über die Präferenz für andere Aushandlungsformen auch zu anderen Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeit und Sozialpflichtigkeit. Die Tatsache, dass dieses Modell als Ausfluss des hegemonialen Globalisierungsdiskurses *in weiten Kreisen der Politik einen Konsens darstellt*, ist die Grundlage des gegenwärtigen Um- und Abbaus des Sozialstaats. Deren ideologische Rechtfertigung ist der immer wiederholte Grundmythos vom Verschwinden des Reichtums und der Verteilungsmöglichkeiten trotz einer weiterhin (langsam) wachsenden Wirtschaft und damit Reichtumsproduktion; diese spielt angesichts leerer Kassen, die vorwiegend nicht Folge der Politik sondern höherer Gewalt sind (Globalisierung), keine Rolle mehr in der Diskussion. Daraus resultiert eine Tabuisierung von Verteilungsfragen (wobei wahlweise das Problem als nichtexistent oder als nicht problematisch abgetan wird) und die Stigmatisierung nicht der sozialen Spaltung, sondern der Forderung nach ihrer Überwindung als fehlgeleitet bis obszön. Der »abnehmende Wohlfahrtseffekt des anschwellenden Reichtums« (Klein 2005, S. 5) ist fühlbar, aber seine Ursachen dürfen nicht thematisiert werden.

- IUCN/UNEP/WWF (International Union for the Conservation of Nature, U. N. E. P. World Wildlife Fund), Ed. (1980). *World Conservation Strategy: Living Resource Conservation for Sustainable Development*. Gland, IUCN.
- Katterle, S. (1999): Stellungnahme zur Skizze eines sozial-ökologischen Nachhaltigkeitszenarios. Bielefeld: 5.
- King, A., Schneider, B. (1991): *The First Global Revolution, A Report of the Council of the Club of Rome*.
- Klein, D. (2005): »Wo bleibt der Reichtum?« RLS-Nachrichten (Jan. 2005): 5.
- Kopfmüller, J., Ed. (2003): *Globaler Wandel und nachhaltige Entwicklung. Bestandsaufnahme und Perspektiven für Forschung und Politik*. Berlin, Edition Sigma.
- Kopfmüller, J., Brandl, V., Jörissen, J., Paetau, M., Banse, G., Coenen, R., Grunwald, A. (2001): *Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet*. Berlin, edition sigma.
- Lapka, M., Cudlinová, E., Rikoon, S., Boháč, J. (2001): »Use of linear and non-linear approaches to solving the problem of marginal areas.« *Int. J. Sustainable Development* 4(2): 157-176.
- Lüderitz, V. (2004): *Problemfall Umwelt Ost – Hoffnung auf Nachhaltigkeit?* Marburg/Berlin, Vorlage für den AK Nachhaltigkeit der rls: 12.
- Matzner, E. (2002): »Der Staat im Globalisierungsprozess.« *Perspektiven des demokratischen Sozialismus* 19(1): 8-23.
- Meadows, D. H., Meadows, D. L., Randers, J., Behrens, W. W. (1972): *The Limits to Growth*. New York, Universe Books.
- Meyer, T. (2004): »Eine Theorie der sozialen Demokratie.« *Perspektiven des demokratischen Sozialismus* 21(1/04): 5-16.
- Müller, A. (2004): *Die Wachstums-lüge*. München, Droemer-Knaur.
- Nelson, R. H. (1997). »In memoriam: On the death of the »market mechanism.« *Ecological Economics* 20(3): 187-197.
- OECD, Ed. (2001): *Analytic Report on Sustainable Development SG/SD(2001)1-14*. Paris, OECD.
- Pearce, D. W., Atkinson, G. (1993): »Capital Theory and the Measurement of Sustainable Development: An Indicator of Weak Sustainability.« *Ecological Economics* 8(1): 103-108.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen SRU (1994): *Umweltgutachten 1994*. Für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung. Stuttgart, Metzler-Poeschel.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen SRU (1996): *Umweltgutachten 1996*. Zur Umsetzung einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung. Stuttgart, Metzler-Poeschel.
- Renner, A. (1998): »Zukunftsfähig-

- ges Deutschland« und Ordoliberalismus der Freiburger Schule – zwei gegensätzliche Welten? Zukunftsfaehigkeit und Neoliberalismus. A. Renner, Hinterberger, Friedrich. Baden-Baden, Nomos: 93-116.
- Schmidt-Bleek, F. (1994): Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS, das Maß für ökologisches Wirtschaften. Berlin, Basel, Boston, Birkhäuser.
- Sen, A. (2000): Ökonomie für den Menschen. München, Wien, Carl Hanser Verlag.
- Serageldin, I., Ed. (1997): Expanding the Measure of Wealth; Indicators of Environmentally Sustainable Development. Washington, D.C., The World Bank.
- Spangenberg, J. H. (1987): »Ökologie, menschliche Umwelt und die Grenzen der Gestaltbarkeit.« Perspektiven des demokratischen Sozialismus 4(1): 11-20.
- Spangenberg, J. H. (1991): Umwelt und Entwicklung. Marburg, Schueren.
- Spangenberg, J. H. (1992): »Globale Abhängigkeiten: Von der Geiselnahme auf Gegenseitigkeit.« Venceremos 1992(5): 12-21.
- Spangenberg, J. H. (1995): »Sustainability und die politische Linke.« Forum Wissenschaft 12(4): 52-53.
- Spangenberg, J. H., Ed. (1995): Towards Sustainable Europe. A Study from the Wuppertal Institute for Friends of the Earth Europe. Sustainable Europe. Luton/Bedfordshire, Friends of the Earth Publications.
- Spangenberg, J. H. (2001): »Investing in Sustainable Development.« Int. J. Sustainable Development 4(2): 184-201.
- Spangenberg, J. H. (2002): »Institutional Sustainability Indicators: An Analysis of the Institutions in Agenda 21 and a Draft Set of Indicators for Monitoring their Effectivity.« Sustainable Development 10(2): 103-115.
- Spangenberg, J. H. (2004): »Nach dem Ende des Neoliberalismus – die neue Rolle des Staates nach innen und nach aussen.« Perspektiven des demokratischen Sozialismus 21(1/04): 52-73.
- Spangenberg, J. H. (2005): Die ökonomische Nachhaltigkeit der Wirtschaft. Berlin, Edition Sigma.
- Spangenberg, J. H., Pfahl, S., Deller, K. (2002): »Towards indicators for institutional sustainability: lessons from an analysis of Agenda 21.« Ecological Indicators 2(1-2): 61-77.
- Stiftung Entwicklung und Frieden, Ed. (1995): Nachbarn in Einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik. EINE Welt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn, SEF.
- Südkommission (1990): Die Herausforderung des Südens (Nyere-Bericht). Bonn, Dietz.
- Allerdings wird diese Umdefinition der sozialen Verhältnisse von der Gesellschaft nur teilweise, langsam und wenn dann zeitverzögert übernommen. Die post-soziale Sozialdemokratie wird dann nicht als Vorreiter, sondern als Verräter an sozialen Werten wahrgenommen und durch Stimmentzug entsprechend abgestraft. Da diese Stimmen angesichts des Konsenses der politischen Klasse jedoch auch keiner anderen traditionellen Partei zugute kommen können, ergeben sich ein Rückzug aus der Partizipation (Organisationsgrad und Wahlbeteiligung) und damit eine Schwächung der Demokratie insgesamt.
- Im Vergleich zu diesem *status quo* ist der Handlungs- und Veränderungsbedarf massiv – das gegenwärtige Wirtschaftsmodell ist ebenso wenig nachhaltig wie die gesellschaftlichen Naturverhältnisse oder ein repressiver Wohlfahrtsstaat. Damit ist die Forderung nach Nachhaltigkeit die nach grundlegenden und letztlich systemtransformierenden Reformen; sie wird gestützt durch die breite öffentliche Unterstützung für die Ziele der Einzeldimensionen (Arbeit und Ausbildung, Frieden und soziale Sicherheit, gesunde Umwelt und wettbewerbsfähige Wirtschaft). So ist es auch plausibel, dass die Protagonisten der gegenwärtigen neoliberalen Politik interessegeleitete Gegenstrategien von Ablehnung über Verfälschung bis zur Vereinnahmung verfolgen, um Nachhaltigkeit als Herausforderung des und Gegenentwurf zum Neoliberalismus unschädlich zu machen. Ablehnung zeigt sich oft indirekt, wenn die »Obsessionen der 70er bis 90er« wie Wachstumsgrenzen, Umwelt, Demokratisierung und Nachhaltigkeit pauschal als illusorisch gegeißelt werden, ohne die sozialen Errungenschaften wie die Probleme dieser Jahrzehnte im Detail zu analysieren (analysiert bei Müller 2004). Verfälschungen ergeben sich häufig durch eine neo-liberale Interpretation, Stichworte sind hier das Konzept der »schwachen Nachhaltigkeit«, nachhaltiges Wachstum (OECD 2001; SEC 2002) u. a. Eine Strategie der Vereinnahmung verfolgt die Bundesregierung mit ihrer ökonomistisch verengten Diskussionen über Generationenverantwortung, Staatsverschuldung und Sparzwang. Diese Missbräuche sollten jedoch kein Grund sein, das Konzept aufzugeben – wäre es nicht als Gegenentwurf zur herrschenden Lehre relevant, wäre seine Bekämpfung nicht so heftig.

Ausblick

Eine neue politische Praxis kann auf die Dauer nicht ohne eine neue theoretische Fundierung auskommen. Eine umfassend angelegte Theorie nachhaltiger Entwicklung gibt es bisher jedoch nicht, wohl aber Einzelelemente, die teils parallel und unverbunden, teils integriert in verschiedenen Nachhaltigkeitsstudien genutzt werden (vgl. z. B. Hans-Böckler-Stiftung 2000; Grunwald et al. 2001; Kopfmüller et al. 2001). Die Theoriebildung des Nachhaltigkeitsdiskurses ist dennoch nicht eklektizistisch, sondern gezielt selektiv. Sie greift auf solche Elemente älterer Gesellschaftstheorien und Politiken zurück, die Kriterien substanzieller Nachhaltigkeit gerecht werden und modifiziert diese bei Bedarf. So stammen wichtige Elemente des Konzepts aus konservativen Traditionen (Naturschutz, Bewahrung der Schöpfung = Umweltschutz); andere sind Werte und Ergebnisse der sozialistischen Bewegungen (Gleichheit, soziale Gerechtigkeit), wi-

der andere stammen aus dem politischen Liberalismus, wie das Prinzip, den Menschen in den Mittelpunkt des Gemeinwesens zu stellen, wo er nie nur Mittel zum Zweck, sondern immer Selbstzweck ist (anders der Wirtschaftsliberalismus, für den der Mensch Produktionsinstrument und Kostenfaktor, aber kein Selbstzweck ist). Aus ihrer Verbindung ergibt sich eine Deutung des Terminus ›nachhaltige Entwicklung‹ im erweiterten Sinn einer integrierten sozial, ökologisch, ökonomisch und institutionell nachhaltigen Entwicklung (Spangenberg 1987; 1995). Dieses komplexe Verständnis wird auch (nach seiner Methode) als transdisziplinär oder (nach der Art der untersuchten Systeme) als nicht-linear bezeichnet, im Gegensatz zu disziplinären bzw. linearen Analyseansätzen (Lapka 2001). Unmittelbar aus dieser Unterscheidung ergibt sich eine unterschiedliche Methodenpräferenz bei Nachhaltigkeitsbewertungen: disziplinär angelegte Studien untersuchen alle Phänomene mit Methoden, die auf denselben fachspezifischen Theoriekanon zurückgehen; in der Ökonomik sind Kosten-Nutzen-Analysen daher ein häufiges Mittel der Wahl. Transdisziplinäre Analysen liefern dagegen als Ergebnis Datensätze, die auf unterschiedliche qualitative und quantitative Methoden zurückgehen und über keinen gemeinsamen Nenner verfügen. Kosten-Nutzen-Analysen sind auf dieser Basis nicht ohne eine Überführung sozialer und physischer Daten in monetäre Quantitäten durchführbar, d. h. nicht ohne die Zusatzannahme eines von der wissenschaftlich-politischen Wissens- und Machtelite als kollektiv verbindlich vorgegebenen Wertesystems, das Grundlage und Voraussetzung einer derartigen Konversion ist. Mit dem Ziel institutioneller Nachhaltigkeit ist ein derartiger Ansatz nicht vereinbar.

Eine Politik der Nachhaltigkeit ist nicht nur deshalb eine besondere Herausforderung, weil das Konzept so anspruchsvoll und die theoretische Fundierung noch lückenhaft ist, sondern auch, weil es eine Alternative zum Konsens der politischen Klasse insbesondere in Deutschland darstellt. Es fordert nicht nur Modifikationen der herrschenden Politik, sondern eine grundlegende Umorientierung. Trotz breiter Zustimmung zu den Einzelzielen ist es bisher jedoch nicht gelungen, das Gesamtkonzept vermittelbar darzustellen und damit politikfähig zu machen (hinzu kommt die Rolle der Medien als neoliberaler Machtwächter). Eine solche Alternative zu formulieren und da wo möglich in eine erkennbar andere Politik umzusetzen, ist eine Herausforderung gerade für demokratische Sozialisten.

- Tremmel, J. (2003): Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. München, ökom.
- UBA Umweltbundesamt, Ed. (1997): Nachhaltiges Deutschland. Berlin, Erich Schmidt Verlag.
- Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen, Brandt-Kommission, (1980): Das Überleben sichern (Brandt-Bericht). Reinbeck bei Hamburg, Rohwolt.
- UNDP/CSO UN Division for Sustainable Development, Department of Policy Co-ordination and Sustainable Development (1996): Indicators of Sustainable Development, Framework and Methodologies. New York, United Nations.
- United Nations (1983): Resolutions of the 38th General Assembly. New York, United Nations.
- United Nations (1992): Results of the World Conference on Environment and Development: Agenda 21. UNCED United Nations Conference on Environment and Development, Rio de Janeiro, United Nations.
- United Nations (2001): Report of the Secretary-General, Commission on Sustainable Development, Advanced Unedited Copy, E/CN.17/2001. New York: 52.
- WCED World Commission on Environment and Development (1985): Mandate for Change. Key Issues, Strategy and Workplan. Geneva, World Commission on Environment and Development WCED.
- WCED World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future. Oxford, Oxford University Press.
- Weisbuch, G. (2000): »Environment and institutions: a complex dynamic systems approach.« Ecological Economics 34 (Special Issue: The human actor in ecological-economic models): 381-391.
- Whiteside, K. (1996): »Regulation, Ecology, Ethics: The Red-Green Politics of Alain Lipietz.« Capitalism, Nature, Socialism. A Journal of Socialist Ecology 7(3): 31-56.